



Presseschau vom 23.10.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Paul Linke: „Diese Provokation ging zu weit“ - Botschafter der Konfliktparteien zu Eskalation in Bergkarabach

Die Botschafter Aserbaidschans und Armeniens haben gegenüber der Presse in Berlin ihr militärisches Vorgehen in der Region Bergkarabach verteidigt. Beide Bekundungen waren geprägt von gegenseitigen Vorwürfen und Forderungen an die EU und Nato. Eine Gegenüberstellung der Aussagen zeigt das bedauerliche Ausmaß des Konflikts ...

<https://sptnkne.ws/Edwk>

deutsch.rt.com: Bock zum Gärtner – Bidens Ex-Beraterin wird Zensorin bei Facebook und sperrt Enthüllungsstory

Es hätte der Scoop des Jahres sein müssen – doch stattdessen wurden Joe Bidens mögliche Verstrickungen in dubiose Geschäfte seines Sohnes in der Ukraine medial unter dem Deckel gehalten. Welche Interessenkonflikte sich dahinter verbergen – ein Kommentar von Ivan Rodionov. ...

<https://de.rt.com/2ber>

de.sputniknews.com: Schlägt die EU wegen Nord Stream 2-Sanktionen bald zurück? Maas für Stärkung gegen Druck von außen

Gegen von Großmächten allzu gern angelegte Daumenschrauben könnte sich die EU bald wehren. Bislang verwarferte sich die Staatengemeinschaft lediglich extraterritorialer

Sanktionen, etwa im Fall USA gegen Nord Stream 2. Eine von Deutschland und Frankreich unterstützte Expertengruppe rät nun zu konkreten Gegensanktionen. Eine Kampfansage? ...
<https://sptnkne.ws/Edzd>

Andrej Koz: Wie die Ukraine zum Brückenkopf der Nato wird

Kiew kann es sichtlich kaum noch erwarten, zu einem festen Außenposten westlicher Streitkräfte zu werden. Feierlich kündigt Präsident Selenski den Bau zweier Militärhäfen im Süden des Landes an, nachdem sein Außenminister Kuleba erklärt hat, Kiew stelle der britischen Marine gerne Land zur Verfügung für den Bau eines Stützpunkts am Schwarzen Meer. ...

<https://sptnkne.ws/EdAB>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **EU-Parlament zeichnet belarussische Opposition mit Sacharow-Preis aus**

Der renommierte Sacharow-Menschenrechtspreis geht in diesem Jahr an die Opposition in Belarus. Das Europaparlament würdigt damit die Menschen in Weißrussland, die seit mehr als zwei Monaten gegen Präsident Alexander Lukaschneko auf die Straße gehen.

Die Vertreter der Opposition verkörperten tagtäglich den Kampf für Menschenrechte und Meinungsfreiheit, sagte EU-Parlamentspräsident David Sassoli am Donnerstag bei der Bekanntgabe im Plenum in Brüssel. Die Auszeichnung richte sich auch an die demokratische Opposition in Belarus, vertreten durch den Koordinierungsrat, dem politische Aktivistinnen wie Swetlana Tichanowskaja und Persönlichkeiten aus der Zivilgesellschaft wie die politisch engagierte Literaturnobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch angehörten, erklärte das Europaparlament.

Sie alle seien starke Menschen angesichts eines sehr mächtigen Gegners. „Aber sie haben etwas auf ihrer Seite, das rohe Gewalt niemals besiegen kann: die Wahrheit“, sagte Sassoli. Das EU-Parlament ist die erste Institution, die die Proteste auf internationaler Ebene mit einer Auszeichnung würdigt. Damit wolle man den Menschen das Zeichen geben, weiterhin stark zu sein. „Verzichten Sie nicht auf Ihren Kampf“, sagte Sassoli.

Neben der belarussischen Opposition waren auch die ermordete honduranische Aktivistin Berta Cáceres und weitere Umweltaktivisten sowie der Erzbischof der nordirakischen Stadt Mossul, Nadschib Michail Musa, in der engeren Auswahl für die Auszeichnung. Im vergangenen Jahr ging der Menschenrechtspreis an den chinesisch-uirgischen Wirtschaftswissenschaftler und Regierungskritiker Ilham Tohti.

Der Preis selbst soll am 16. Dezember im Rahmen einer Zeremonie im Plenarsaal des Parlaments verliehen werden. Der Sacharow-Preis wird seit 1988 vom Europäischen Parlament an Persönlichkeiten oder Organisationen vergeben, die sich für die Verteidigung der Menschenrechte und der Meinungsfreiheit einsetzen. ...

deu.belta.by: **Gewerkschaften verabschieden Dokument zur Unterstützung von Ruhe und Frieden**

Der Belarussische Gewerkschaftsverband und die Industriegewerkschaften des Landes haben heute eine gemeinsame Erklärung zur Unterstützung von Ruhe und Frieden verabschiedet. Das teilte der Pressedienst des Verbandes mit.

„Heute sehen wir, dass es gewisse Kräfte gibt, die daran interessiert sind, unsere Unternehmen zu zerstören und die Wirtschaft zu untergraben. Gemeinheit und schamloses Lügen sind zu den wichtigsten Instrumenten ihrer Arbeit geworden. Aus dem Ausland versprechen sie den

Menschen goldene Berge. Tatsächlich versuchen sie, die Belarussen ihrer Arbeit, ihrer Löhne, Renten und üblicher sozialer Garantien zu berauben“, geht aus der Erklärung hervor. „Sie empfinden zynische Freude, wenn unsere Unternehmen ohne Aufträge bleiben. Sie erniedrigen unsere Menschen, indem sie ihnen statt eines stabilen Einkommens ein ‚Fresspaket‘ anbieten. Unser gemeinsames Wohlergehen ist ihnen vollkommen egal. Denn sie leben nach dem Motto: Je schlechter es den Menschen und dem Land geht, desto besser für sie. Wir alle haben jahrzehntelang daran gearbeitet, um unsere Unternehmen zu entwickeln, um bezahlbare Bildung, Medizin und eine stabile Sozialversicherung zu haben. Aber all dies kann von heute auf morgen zusammenbrechen, wenn wir unsere gemeinsamen Errungenschaften nicht verteidigen“.

Die Gewerkschaften rufen die Menschen auf, sich nicht von denjenigen einfangen zu lassen, die dem Staat und letztendlich jedem Menschen in Belarus nur schaden wollen. „Das ist unser Leben. Das ist unser Belarus. Wir müssen unser Wohlergehen und jedes Leben im Staat in Schutz nehmen“, heißt es in der Erklärung.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1603386135_53403_big.jpg

de.sputniknews.com: **Putin: Bereits knapp 5000 Tote im Bergkarabach Konflikt**

Im blutigen Konflikt in Bergkarabach im Südkaukasus geht Russlands Präsident Wladimir Putin von mittlerweile Tausenden Toten aus.

Die Zahl der Todesopfer seit Beginn der neuen Eskalation in Bergkarabach näherte sich bereits der 5000, sagte er am Donnerstag in Moskau. Seit Ende September gibt es in dem Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan die heftigsten Gefechte seit Jahren.

Russland habe jahrelang Optionen zur Lösung dieser Krise vorgeschlagen, so Russlands Staatschef. Ihm zufolge war es eine „harte Arbeit“, die Seiten näher zusammenzubringen. Leider seien die Annäherungsversuche gescheitert. „Heute erleben wir diesen Konflikt in seiner schlimmsten Form“, so Putin. „Es gibt viele Verluste auf beiden Seiten.“

Die Behörden in Bergkarabach teilten mit, dass bislang 874 Soldaten getötet worden seien. Zudem seien bereits mehr als 30 Zivilisten gestorben. Die aserbaidische Seite spricht von 63 getöteten Zivilisten, nennt aber weiter keine Todeszahlen für das Militär.

Putin setzt nun auch auf den Einfluss der USA zur friedlichen Lösung des Konflikts. „Ich hoffe sehr, dass unsere amerikanischen Partner gemeinsam mit uns handeln und bei der Beilegung helfen werden“, sagte er in einer Plenarsitzung des Diskussionsklubs Waldai. Es seien Gespräche der Außenminister von Armenien und Aserbaidschan in Washington geplant. Es gab bereits zwei Waffenruhen, die jeweils kurz nach Inkrafttreten gebrochen wurden. Dafür schoben sich beide Seiten gegenseitig die Verantwortung zu - ebenso wie für den Ausbruch der Kämpfe. Die erste Feuerpause wurde unter Vermittlung Russlands beschlossen.

Armenien sieht Russland als seine Schutzmacht an. Aserbaidschan sieht die Türkei als seinen wichtigsten Verbündeten.

Der Konflikt dauert bereits seit drei Jahrzehnten an. Putin sagte: „Selbst wenn 30 Jahre Verhandlungen kein Ergebnis bringen, heißt das nicht, dass man anfangen soll, zu schießen.“ Der Kremlchef drängte einmal mehr darauf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/08/328124855_0:187:3068:1847_1000x080_0_1_d2ef6555c51bbab0219f9fe412a56651.jpg

de.sputniknews.com: **Putin: Russland und USA können internationale Probleme nicht mehr alleine lösen**

Die Zeiten, als Russland und die USA alle wichtigsten Probleme alleine gelöst hatten, sind nach Worten von Präsident Wladimir Putin „schon längst vorbei“.

„Dennoch stufen wir die Herstellung eines bilateralen Dialogs (zu Problemen) der Cybersicherheit als einen wichtigen Schritt zu einer weitaus umfassenderen Diskussion unter Teilnahme vieler anderer Länder und Organisationen ein“, sagte der Staatschef am Donnerstag in einer Sitzung des Diskussionsklubs Valdai.

„Sollten die USA diese Arbeit ablehnen, - was äußerst bedauerlich wäre, - würden wir mit allen anderen interessierten Partnern kooperieren.“

Der Präsident sagte ferner, dass die USA jetzt schon kaum Anspruch auf ihre Ausschließlichkeit erheben könnten. China mit seinem ökonomischen Gewicht und dem politischen Einfluss dürfte künftig die Position einer Supermacht einnehmen. Diesen Weg gehe auch die Bundesrepublik Deutschland, die zu einem immer wichtigeren Akteur der internationalen Zusammenarbeit werde. Putin wies auch auf die wachsende Rolle Großbritanniens und Frankreichs in den internationalen Angelegenheiten hin.

Seinerzeit hätten die USA die absolute Dominanz gehabt. Aber jetzt könne von ihrer Ausschließlichkeit keine Rede mehr sein... Es frage sich, ob die USA selbst diese Ausschließlichkeit bräuchten, sagte Putin.

vormittags:

de.sputniknews.com: **„Liebe lässt sich nicht erzwingen“: Kreml-Sprecher über allgemeine Themen für Dialog mit den USA**

In den Beziehungen zwischen Russland und den USA gibt es laut Kreml-Sprecher Dmitri Peskow allgemeine Themen. Dazu äußerte er sich näher gegenüber dem TV-Sender „Perwy Kanal“.

In den Vereinigten Staaten hat sich Peskow zufolge in Bezug auf die Beziehungen zu

Russland ein Zweiparteienkonsens herausgebildet, was die Situation bezüglich der Perspektiven für ihre Verbesserung erschwere. „Weil sie, wer auch immer gewinnt, nun nicht mehr aus dieser Russophobie herauskommen.“

„Zugleich zeigt aus meiner Sicht (Russlands Präsident Wladimir) Putin deutlich: Liebe lässt sich nicht erzwingen; ihr könnt uns behandeln, wie ihr wollt, aber es gibt bestimmte Themen, die in unserem und in eurem Interesse sowie im Interesse der ganzen Welt liegen. Befassen wir uns mit der Rüstungskontrolle (...)\", so Peskow.

Als eines der gemeinsamen Themen nannte der Kreml-Sprecher auch die Kooperation im Bereich der Informationssicherheit. „Ihr schreit ständig, dass die Russen euch im Cyber-Raum attackieren; lassen Sie uns darüber sprechen“, fuhr er fort.

Die russische Seite möchte sich demnach alle US-Vorwürfe gegenüber Moskau anhören und verstehen, worauf diese beruhen würden.

„Und wir möchten euch so antworten, dass ihr unsere Position versteht. Und in diesem Sinne ist Putin für einen Dialog offen (...)\“

Ferner betonte Peskow, dass Russlands Präsident an der Wiederbelebung der Beziehungen zu den USA interessiert sei. „Präsident Putin versteht ganz klar, dass die Rhetorik eines Präsidentschaftskandidaten und die Rhetorik eines Präsidenten, der sein Amt bereits besetzt hat, zwei verschiedene Rhetorikarten sind. Der Präsident versteht das, er ist sich seiner Sache bewusst und ist wie zuvor am Aufbau oder genauer gesagt an der Wiederbelebung der bilateralen Beziehungen interessiert. Welchen Staatschef die Amerikaner auch wählen werden.“ Er unterstrich, dass man nicht sagen dürfe, dass einer der US-Präsidentschaftskandidaten für Russland besonders von Vorteil sei. ...

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 22. Oktober 2020 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

deu.belta.by: **Orda: Wir müssen allen zeigen, wer in unserem Land Herr im Haus ist**

Wir müssen allen zeigen, wer in unserem Land Herr im Haus ist. Das erklärte Michail Orda, Vorsitzender des belarussischen Gewerkschaftsverbandes, in einer Sendung beim „Belarus 1“. In der belarussischen Stadt Logoisk traf sich Orda mit den regionalen Gewerkschaftern und der aktiven Jugend. „Wir sehen, wie sich die Menschen heute konsolidieren, weil sie verstehen, welche Folgen die Ausschreitungen und die verschiedenen Aufrufe im Internet haben können. Die Menschen sind müde. Sie sind sich dessen bewusst, was sie verlieren können“, sagte Orda. „Wir laden alle Interessenten an diesem Wochenende zu einer großen Veranstaltung ein. Die Menschen können kommen und ihre Meinung offen und klar sagen. Sie müssen im Grunde genommen allen zeigen, wer im Land Herr im Haus ist und dass wir uns von niemandem diktieren lassen, wie wir zu leben haben. Belarussen sind doch nicht dumm. Wir organisieren diese Großkundgebung gemeinsam mit unseren öffentlichen Organisationen - Jugendorganisationen, Frauenverbänden, Veteranenvereinigungen, mit dem Verein „Belaja Rus“. Wir sind viele, und wir sind zusammen“.

Der Vorsitzende des Gewerkschaftsverbandes stellte fest, dass alle aktuellen gesellschaftlichen Fragen auf verschiedenen Kommunikationsplattformen diskutiert werden. Im Mittelpunkt des Treffens in Logoisk standen Themen Arbeitsrecht, Schutz sozialer und wirtschaftlicher Rechte, Änderungen in der Verfassung.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1603434970_53405_big.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 22. Oktober 3:00 Uhr bis 23. Oktober 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 3.

Auf das Territorium der DVR wurden in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über eine unbefristete Feuereinstellung mit folgenden Waffen geschossen: Richtung Donezk: Mörser 82mm – einmal (3 Mörsergeschosse); Schusswaffen – einmal. Richtung Mariupol: Mörser 82mm – einmal (5 Mörsergeschosse).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Jakowlewka, Leninskoje.**

Um 15:25 Uhr wurde im Gebiet von Wodjanoje die Durchführung von technischen Arbeiten festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 8.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 11.

de.sputniknews.com: „Matrix-Störung“: Kreml kommentiert Position des Westens zu Weißrussland

Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hat in einem Gespräch mit dem TV-Sender „Perwy Kanal“ die Position der westlichen Staaten zur Situation in Weißrussland zum Ausdruck gebracht. Unter anderem sprach er von einer „Störung in der Matrix“.

„Es ist offensichtlich, dass es eine Art von Systemausfall, eine Störung in der Matrix gibt. Eventuell sind dies die Folgen der weltweiten Corona-Krise selbst im Bereich der internationalen Beziehungen und der Diplomatie. Die Zerstörung einiger etablierter Normen und Prinzipien ist offensichtlich“, antwortete Peskow auf die Frage, warum es in der Situation mit Weißrussland zum Scheitern der westlichen Diplomatie gekommen sei.

Dabei verwies Peskow darauf, dass Präsident Alexander Lukaschenko und seine Kollegen in Weißrussland selber nach Varianten für die Lösung der Krise in diesem Land suchen müssten. „Und der Präsident (Wladimir) Putin achtet sehr darauf, dass nichts als Versuch wahrgenommen wird, den legitimen Präsidenten von Weißrussland zu beeinflussen“, betonte der Kreml-Sprecher.

Er fügte hinzu, dass die Beziehungen zwischen den beiden Spitzenpolitikern nicht das Wichtigste für Russland und Putin sei.

„Das Wichtigste ist nicht die persönliche Beziehung zu Alexander Grigorjewitsch Lukaschenko. Das Wichtigste sind die Beziehungen zu dem für uns brüderlichen weißrussischen Volk. Es gibt auch bestimmte Verbündeten-Verpflichtungen, die als gute Unterstützung für Minsk in dieser Situation dienen“, schloss Peskow.

Die Beziehungen zwischen Weißrussland und den EU-Ländern hatten sich nach den Präsidentschaftswahlen vom 9. August, bei denen Lukaschenko nach Angaben der Zentralen Wahlkommission zum sechsten Mal gewann, stark verschlechtert. Die Opposition der Republik sieht Swetlana Tichanowskaja als wahre Siegerin. Die Europäische Union hat Lukaschenko nicht als legitimen Präsidenten von Weißrussland anerkannt.

Die EU-Mitglieder Polen und Litauen sind Nachbarländer von Weißrussland und haben zuletzt viele Oppositionelle von dort aufgenommen. So floh die Oppositionsführerin Tichowskaja nach Litauen. Lukaschenko hat Polen und Litauen mehrfach beschuldigt, die Proteste anzufachen.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32469/24/324692442_0:83:3950:2216_1000x0_80_0_1_be771049ee34986a922a9fe66aa83bff.jpg

Lug-info.com In der LVR sind am 22. Oktober um 9:00 Uhr 1424 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 1058 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 66 Todesfälle.

de.sputniknews.com: **Russisches Flugabwehrsystem kann Hyperschallraketen abschießen – Zeitung**

Das russische Flugabwehrsystem ist nun in der Lage, Hyperschallraketen abzuschießen. Dies berichtet die Zeitung „Iswestija“ unter Berufung auf Quellen.

Die in mehreren Etappen durchgeführten Tests des Fla-Raketen-Systems S-300W4 haben laut dem Blatt bestätigt, dass es dazu in der Lage ist, nicht nur moderne, sondern auch Ziele abzuschießen, die im Ausland noch im Entwicklungsstadium seien - also operativ-taktische und Hyperschallwaffen.

Die Zeitung berichtet, dass das Flugabwehrsystem diese Fähigkeit einer neuen speziell dafür hergestellten Munitionseinheit mit einer Treffweite von bis zu 400 Kilometern zu verdanken habe.

Der ehemalige Vizeoberbefehlshaber für das vereinte GUS-Luftabwehrsystem der Luftstreitkräfte, Generalleutnant Ajtetsch Bischew, teilte gegenüber der Zeitung mit, dass die auf dem Prüfstand stehende Rakete neuer Generation für lange Zeit einen sicheren Schutz vor modernen und fortschrittlichen Waffen gewährleisten könne. Er betonte, dass „ein möglicher

Gegner keine Chancen“ haben werde.

Das russische S-300W4-Luftabwehrsystem ist die neueste und zugleich stärkste Modifikation des Mittelstrecken-Raketenkomplexes S-300W und S-300WM. Das Leistungsvermögen der Waffe wurde dank neuem Zubehör verbessert, darunter auch neue Raketen, eine moderne Basis von Bauelementen sowie moderne Berechnungsmittel.

Eine S-300W4-Rakete kann eine Geschwindigkeit von 7,5 Mach erreichen und alle möglichen Luftziele in einem Radius von bis zu 400 Kilometern vernichten.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/31336/71/313367162_0:0:3057:1652_1000x0_80_0_1_83cc44d9a43328d4b0ec365c640ba823.jpg

Mzdnr.ru: Am 22. Oktober wurden in der DVR 136 neue Fälle von Coronavirusinfektionen festgestellt.

Am 23. Oktober um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 5735 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

2787 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 2525 als gesund entlassen, es gibt 423 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 16 Patienten als gesund entlassen.

Außerdem gab es 19 Todesfälle – Männer im Alter von 49 bis 82 Jahren und Frauen im Alter von 61 bis 74 Jahren.

In den letzten 24 Stunden wurden 221 Fälle von Lungenentzündungen festgestellt, davon wurden 93 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt befinden sich 2098 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 419 mit Sauerstoffunterstützung (+41 in den letzten 24 Stunden).

de.sputniknews.com: **US-Senatoren fordern wegen Fall Nawalny weitere Sanktionen gegen Russland**

Mehrere US-Senatoren haben wegen der Situation um den Blogger Alexej Nawalny in einem Brief an US-Außenminister Mike Pompeo und Finanzminister Stephen Mnuchin die Verhängung von neuen Sanktionen gegen Russland gefordert.

Die Senatoren schlagen vor, dabei den „Global Magnitsky Act“ oder das Gesetz über die Kontrolle über die Chemie- und Biologiewaffe einzusetzen. Den Brief unterschrieben die Demokraten Ben Cardin, Dick Durbin und Chris Coons sowie die Republikaner Mitt Romney, Marco Rubio und Roger Wicker. Der Text des Schreibens ist auf der Webseite des Senatoren Ben Cardin zu finden. ...

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Russland bereitet Trägerrakete mit neusten GLONASS-Navigationsatelliten zum Start vor**

Eine Trägerrakete „Sojus-2“ mit einem Navigationsatelliten der neuen Generation „Glonass-K“ soll am 25. Oktober vom Weltraumbahnhof Plessezk starten. Nach Angaben des Satellitenentwicklers und -herstellers ISS Reschetnjow, der der russischen Weltraumorganisation Roskosmos angehört, sind nun Vorbereitungsarbeiten auf der Startanlage im Gange.

Der Satellit hätte eigentlich bereits im März in die Umlaufbahn gebracht werden sollen. Im September gab der Generaldirektor des Unternehmens, Nikolai Testojedow, bekannt, dass der Start für den 16. Oktober geplant ist. Später teilte eine Quelle in der Raketen- und Raumfahrtindustrie gegenüber Sputnik mit, dass der Start auf den 25. Oktober verschoben wurde.

„Der Weltraumbahnhof Plessezk hat mit der Beförderung der Sojus-2-Trägerrakete mit dem Satelliten Glonass-K auf die Startanlage begonnen. Der Start (...) ist für den 25. Oktober geplant“, heißt es in einem Video, das auf dem YouTube-Kanal des Unternehmens veröffentlicht wurde.

Der erste Satellit des Typs Glonass-K war im Februar 2011 ins All gestartet worden. Derzeit wird er bei Flugtests eingesetzt. Der zweite Glonass-K-Satellit wurde im Dezember 2014 in die vorgegebene Umlaufbahn gebracht und im Februar 2016 in Betrieb genommen.

Die Satelliten der neuen Generation „Glonass-K“ und „Glonass-K2“ unterscheiden sich im Vergleich zu dem Vorgänger „Glonass-M“ durch eine große Anzahl ausgesandter Navigationssignale („Glonass-M“ sendet fünf Signale aus, während die Satelliten „Glonass-K“ und „Glonass-K2“ sieben beziehungsweise neun Signale aussenden) und durch eine längere Lebensdauer (sieben Jahre bei Glonass-M, zehn Jahre bei Glonass-K und Glonass-K2).

Derzeit besteht die orbitale Gruppierung des russischen globalen Satellitennavigationssystems GLONASS aus 27 Raumapparaten (25 Satelliten „Glonass-M“ und zwei „Glonass-K“), von denen 24 in Betrieb sind. Je ein Satellit befindet sich in der Flugerprobung, in der Wartung sowie in der Reserve. Für die globale Abdeckung der Erde mit den Navigationssignalen des Systems sind 24 funktionierende Satelliten erforderlich.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/17/328247793_0:0:3072:1663_1000x0_80_0_1_4907ea1c5cac516756a58a082975525d.jpg

deu.belta.by: **Italiens Ex-Premier vergleicht Europa wegen permanenter Sucht nach Sanktionen mit altem Teufelsweib**

Der ehemalige italienische Premierminister Massimo D'Alema hat Europa, das Sanktionen gegen andere Staaten verhängt, mit einem alten Teufelsweib verglichen. Das sagte er in

seinem Redebeitrag auf dem 13. Eurasischen Wirtschaftsforum in Verona.

Massimo D'Alema gab zu, als überzeugter Gegner eines neuen kalten Krieges leiste er seinen Beitrag zu einem Frieden, der durch Dialog und Zusammenarbeit ins Gleichgewicht gebracht werden kann. „Sie brauchen keine Zweifel zu haben: Vor Ihnen steht ein Gegner von Sanktionen“, wandte er sich an die Teilnehmer des Forums. „Ganz im Gegenteil, ich bin der Meinung, dass die Politik der Sanktionen völlig kontraproduktiv ist. Ich bin besorgt darüber, dass der Westen damit eine feindselige Position gegenüber dem Rest der Welt eingenommen hat. Der Westen ist feindselig gestimmt gegen Russland, gegen die islamische Welt. Sanktionen wurden gegen Iran, China und andere Staaten verhängt. Ich habe den Eindruck, dass das alternde Europa mit Erbitterung auf die ganze Welt schaut. Das gefällt mir nicht. Ich bin auch ein Mensch im hohen Alter und ich habe den Wunsch, dass Europa alt wird, ohne sich in eine altes Teufelsweib zu verwandeln.“

Trotz Corona-Pandemie sind zahlreiche hochrangige Personen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Diplomatie und Medien zum zweitägigen Forum nach Verona angereist. In diesem Jahr haben die Organisatoren die Zahl der Teilnehmer von 1500 auf 500 Personen reduziert. Viele Redner halten ihre Beiträge deshalb per Videoübertragung.

Im Mittelpunkt des diesjährigen Forums steht die neue globale Wirtschaft von Atlantik bis Pazifik. Es geht um die Wiederaufbau der Wirtschaft, um die Zukunft der Öl- und Gasindustrie, um geopolitische, soziale und wirtschaftliche Ordnung in Zeiten der COVID-19-Pandemie und der Wirtschaftskrise. Einzelne Dialogeinheiten widmen sich den Themen Überwindung der soziale Ungleichheit und der Armut, globaler Wandel nationaler Gesundheitssysteme in Zeiten der COVID-19, Dialog Europa-Eurasien.

Neu ist das Thema Genetik und Forschung des Genoms, ihr Beitrag zur Medizin, Landwirtschaft, Industrie und Energiebranche.

Die Organisatoren des Eurasischen Wirtschaftsforums in Verona sind nichtkommerzielle Assoziation „Eurasien entdecken“, Fonds „Roskongres“ und internationales Wirtschaftsforum St. Petersburg. Die Nachrichtenagentur BelTA ist der Informationspartner des Forums in Verona.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000020_1603446389_53415_big.jpg

deutsch.rt.com: **China kritisiert Treffen taiwanischer Politiker mit Abgeordneten des Bundestags**

China hat ein Treffen taiwanischer Politiker mit den Vertretern des Menschenrechtsausschusses und anderen Abgeordneten des Bundestags scharf kritisiert. Es gebe nur ein China auf der Welt. Taiwan sei ein untrennbarer Bestandteil Chinas.

... Bei dem Termin am Montag, als der Ausschuss unter anderem den Repräsentanten Taiwans

in Berlin, Shieh Jhy-Wey, in den Räumen des Parlaments empfangen hatte, seien „unverantwortliche Äußerungen“ getätigt worden, hieß es aus der chinesischen Botschaft in Berlin. In ihrer Erklärung betonte die chinesische Botschaft, dass einzelne deutsche Politiker in letzter Zeit das Ein-China-Prinzip missachtet und sich in die inneren Angelegenheiten Chinas eingemischt hätten.

„Es gibt nur ein China auf der Welt. Taiwan ist ein untrennbarer Bestandteil Chinas. Das Ein-China-Prinzip ist eine allgemein anerkannte Grundnorm in den internationalen Beziehungen und von der internationalen Gemeinschaft weitestgehend anerkannt. Das Festhalten an der Ein-China-Politik ist eine ausdrückliche politische Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland, die auch die politische Grundlage der chinesisch-deutschen Beziehungen darstellt“, hieß es dort weiter.

Nach dem Treffen am Montag, zu dem auch die taiwanische Digitalministerin Audrey Tang sowie zwei stellvertretende Minister aus der taiwanischen Hauptstadt Taipeh per Video zugeschaltet waren, hatte die Ausschussvorsitzende Gyde Jensen (FDP) betont, wie sehr Taiwan auf eine klare Haltung Deutschlands gegenüber der chinesischen Führung in Peking setze. Margarete Bause, Ausschussmitglied und Sprecherin der Grünen für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, sagte, Gespräche mit hochrangigen Vertretern aus Taiwan seien wichtig zu diesem Zeitpunkt, da Peking den regionalen Status quo herausgefordert habe. Taiwan brauche jede Unterstützung von den Ländern, die sich für Grundsätzen der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit eingesetzt hätten, fügte sie hinzu.

Während China in den letzten Monaten den Druck auf die Präsidentin der sogenannten Republik China Tsai Ing-wen verstärkte, das Motto "Ein Land, zwei Systeme" im Fall Taiwans anzuerkennen, pflegt Taiwans Präsidentin hingegen engere Beziehungen zu den USA. Die taiwanische Präsidentin forderte bereits „ein Bündnis von Demokratien“ um sich gegen „aggressive Aktionen der Chinesen“ zu verteidigen und „die Freiheit“ zu schützen. Sie spielte damit auf chinesische Maßnahmen im Südchinesischen Meer und in der Taiwanstraße an. Der Status der Insel ist seit dem Chinesischen Bürgerkrieg zwischen 1945 und 1949 umstritten. Die Einmischung der USA könnte allerdings das empfindliche Gleichgewicht stören. In den vergangenen Wochen und Monaten führte die chinesische Volksbefreiungsarmee immer wieder Seemanöver in den Gewässern um Taiwan durch. Regelmäßig überfliegen chinesische Militärflugzeuge die Insel, um damit die chinesische Souveränität über Taiwan zu betonen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2020.10/article/5f9183ab48fbef3d7f3c3f32.JPG>

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 17. bis 23. Oktober 2020**

In den letzten 24 Stunden hat die ukrainische Seite in Verletzung des geltenden Waffenstillstands **drei Feuerprovokationen** begangen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 1. Bataillons der 54. mechanisierten Brigade von den Positionen im Gebiet von Awdejewka aus drei Mörsergeschosse mit einem 82mm-Mörser abgefeuert und mit Schusswaffen unter Einsatz von Brandmunition auf **Jakowlewka** geschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons der 36. Marineinfanteriebrigade von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus das Feuer mit einem 82mm-Mörser in Richtung **Leninskoje** eröffnet und fünf Mörsergeschosse abgefeuert. Außerdem haben Beobachter der DVR im GZKK im Gebiet von Wodjanoje die **Durchführung von technischen Arbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung von Positionen** durch Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons der 36. Marineinfanteriebrigade bemerkt. **Seit Beginn des heutigen Tages** haben Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons der 36. Marineinfanteriebrigade der BFU von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus das Feuer mit 82mm-Mörsern in Richtung **Derschinskoje** eröffnet und vier Mörsergeschosse abgefeuert.

Außerdem haben Beobachter der DVR sieben **Detonationen auf den Positionen der ukrainischen Kämpfer** festgestellt, davon zwei Detonationen auf den Positionen der 54. mechanisierten Brigade im Gebiet von Awdejewka und fünf Detonationen auf den Positionen der 56. Panzergrenadierbrigade im Gebiet von Opytnoje.

Nach Angaben unserer Aufklärung war Ursache die **Detonation von Geschossen während der Ausrüstung eines Verstecks** durch Soldaten des 37. Bataillons der 56. Brigade. Von unseren Quellen ist uns zuverlässig bekannt, dass die Kämpfer die Absicht hatten, gestohlene Waffen bei der Rotation der Einheit aus der OOS-Zone in die Tiefe des Landes zu bringen.

Seit dem Inkrafttreten der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feueereinstellung, im Zeitraum vom 27. Juli bis 23. Oktober 2020, wurden 229 Verstöße von Seiten der BFU festgestellt, darunter:

114-mal hat der Gegner Feuerprovokationen begangen.

3-mal haben Einheiten der 54. mechanisierten Brigade, der 56. Panzergrenadierbrigade und der 35. und der 36. Marineinfanteriebrigade Drohnen eingesetzt.

82 Fälle der Durchführung von technischen Arbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung von Positionen von Einheiten der 53. und 54. mechanisierten Brigade, der 35. und 36.

Marineinfanteriebrigade, der 79. Luftsturmbriade und der 56. Panzergrenadierbrigade.

In der letzten Woche haben Kämpfer der BFU **27 Feuerprovokationen** in Richtung Jakowlewka, Leninskoje, Mineralnoje, Spartak, der Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks, Kaschtanowoje, Shabunki, Talakowka und Kominternowo begangen.

Die OSZE-Mission bestätigt weitere Fälle von **Stationierung von Waffen und Technik durch Einheiten der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium. In der letzten Woche haben Beobachter der Mission 43 Stück Waffen und Militärtechnik aus dem Bestand der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ entdeckt, die in folgenden Ortschaften stationiert sind:

aus dem Bestand der 54. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzerwagen in der Nähe von Nowoselowka Wtoraja;

aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade:

sieben Schützenpanzer, zwei Schützenpanzerwagen und ein Panzerfahrzeug in Bogdanowka und ein Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Nowotroizkoje;

aus dem Bestand der 56. Panzergrenadierbrigade:

vier 152mm-Artilleriegeschütze „Akazija“ in Krasnoarmejsk, 15 Panzer T-64 in Losowatskoje und vier Schützenpanzer in Karlowka;

aus dem Bestand der 79. Luftsturmbriade:

ein Schützenpanzerwagen in Beresowoje, ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug in Slawnoje, ein Schützenpanzer und ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug in Kurachowka, ein Panzertransporter in Kurachowo, ein Panzertransporter in Slawnojw und

zwei Schützenpanzer im Gebiet von Taramtschuk.

Um die Entdeckung von verbotenen Waffen in den Verantwortungsbereichen der 35. Marineinfanteriebrigade, der 53. mechanisierten Brigade und der 56. Panzergrenadierbrigade zu verhindern, wurden aktiv Stationen „Bukowel-AD“ und R-330 KW1M mobiler Gruppen des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung und einer Kompanie für elektronische Kriegsführung der 35. Brigade in den Gebieten von Majorsk, Kleschtschejewka, Petrowskoje, Grodowka, Krasnoarmejsk und Nikolajewka eingesetzt, die die Aufgabe haben, die **Leitungs- und Navigationskanäle der OSZE-Mission zu blockieren.**

In der letzten Woche haben wir mehrfach auf das **geringe Niveau der rückwärtigen Versorgung der Einheiten an der Front** hingewiesen. Die Einheiten der 35., 53. und 79. Brigade verspüren wie sonst keine die Gleichgültigkeit des Kommandos der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“, das von Sodol geleitet wird.

Nicht selten bringen die Angehörigen des rückwärtigen Dienstes abgelaufene Lebensmittel und minderwertige Brennstoffe an die Front. Auf der Suche nach Brennholz und Essen sind die Kämpfer gezwungen, leerstehende Häuser zu plündern, sich um Hilfe an Freiwillige zu wenden, Waffen und Munition gegen notwendige Dinge zu tauschen.

Ein weiterer Fall von Diebstahl wurde im 21. Bataillon der 56. Brigade unter Kommando von Iwanow entdeckt. Die geschäftstüchtigen Soldaten Kwaschtschuk und Dempnjak, die vom Oberfähnrich Skljär geleitet werden, haben einen Handel mit Funkkomponenten, die wertvolle Metalle enthalten, mit einem Einwohner von Dobropolje organisiert. Im Ergebnis sind sechs Funkstationen, die zur Panzertechnik des Bataillons gehören, Kollektoren und verschiedene dazugehörige Ausrüstung eines Feldkommunikationsknotens defekt, das Kommunikationstraining der Brigade war unmöglich, mehr als einen Tag lang fehlte die leitungsgebundene Verbindung mit den Zugstützpunkten des Bataillons.

Die Bedingungen, die für die Kämpfer an der Front bestehen, treiben sie in die Kriminalität. In der letzten Woche haben Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes und der Militärstaatsanwaltschaft neun Kämpfer der 53., 24., 54. und 56. Brigade wegen Plünderung, Waffen- und Munitionsverkauf festgenommen. Und gleichzeitig prahlen Offiziere der rückwärtigen Dienstes des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ in den sozialen Netzwerken mit vor kurzem erstandenen ausländischen Autos und Häusern.

Im Zusammenhang mit den zunehmenden Beschwerden über das geringe Niveau der Versorgung der Einheiten an der Front hat der Leiter des Generalstabs der BFU Anweisungen erteilt, am 24. Oktober eine Kommission des rückwärtigen Dienstes in die OOS-Zone zu schicken, die die reale Lage der Dinge mit der rückwärtigen Versorgung in der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ zu ermitteln.

In der letzten Woche wurde die Frage der **Ausbreitung der Coronavirusinfektion** ernster, die in den BFU bedrohliche Ausmaße angenommen hat. Auf dem Hintergrund von Erklärungen der ukrainischen Regierung über den Kauf eines teuren, aber wenig effektiven Präparats für die Behandlung des Coronavirus in den USA und die Errichtung von zwei mobilen Krankenhäusern mit je 500 Betten, verschlechtert sich die Situation in den BFU mit jedem Tag. Im Zeitraum vom 18. bis 23. Oktober wurden mehr als 300 Kämpfer der BFU, der Nationalgarde und des staatlichen Grenzdienstes der Ukraine mit der Diagnose „COVID-19“ in medizinische Einrichtungen der Oblast Donezk eingewiesen, 13 starben, mehr als 30 werden in äußerst ernstem Zustand beatmet. Und das ist die Statistik der operativ-taktischen Gruppierung „Ost, die von der Führung der Gruppierung unter Leitung des Kommandeurs Sodol verheimlicht wird.

Wenn man berücksichtigt, dass die vom Staat zur Verfügung gestellten Mittel zum Kampf gegen die Coronavirusinfektion in ihrer Mehrheit für die Behandlung der Generalität der ukrainischen Streitkräfte ausgegeben werden, wie im Fall der Leiters des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte Chomtschak, für dessen Behandlung 4800 Dollar aus dem

Staatsbudget ausgegeben wurde, so kann der einfache Soldat nur auf ein Wunder und seine finanziellen Möglichkeiten hoffen.

Die auf Basis von Krankenhäusern in Mariupol, Krasnoarmejsk und Tschasow Jar gebildeten Infektionsabteilungen zur Behandlungen von an „COVID-19“ Erkrankten kommen mit ihren Aufgaben nicht klar. Die Zelte der Krankenhäuser von Krasnoarmejsk und Tschasow Jar sind zu 100% gefüllt, die Patienten werden direkt im Korridor behandelt. In Mariupol und Tschasow Jar sind von 20 Beatmungsgeräten sieben funktionsfähig. Die Leitung der Krankenhäuser unternimmt keine Maßnahmen zu deren Reparatur.

Alle Prozeduren und Medikamente müssen die Soldaten selbst bezahlen. So hat der Arzt Safonow im Krankenhaus von Krasnoarmejsk den Patienten kostenpflichtige Tests auf Coronavirus und Antiviruspräparate, die angeblich die Heilung von „COVID-19“ unterstützen, angeboten.

Nach uns vorliegenden Informationen ist auf dem zeitweilig von den Truppen der BFU besetzten Territorium der Oblast Donezk die Zahl der Fälle von **Waffen- und Munitionsverkauf durch ukrainische Kämpfer an Freiwillige**, die sie dann abtransportieren und an die nationalistischen Organisationen „Nationales Korps“ und „Grundlagen der Zukunft“, deren Ziel es ist, sich auf gegen die Regierung gerichtete Provokation im Vorfeld der Regionalwahlen in der Ukraine vorzubereiten, verkaufen, erheblich gestiegen.

In Nowomichajlowka haben Mitarbeiter der militärischen Gegenaufklärung des SBU am 18. Oktober ein kriminelles Netz entdeckt, zu dem Offiziere des 1. Bataillons der 79. Brigade gehören, die zum Zweck der persönlichen Bereicherung unter Führung des Brigadekommandeurs Luzenko den Verkauf von Schusswaffen und Munition an ukrainische Freiwillige des Fonds „Für unsere Zukunft“ organisierten. Bei der folgenden Überprüfung des 1. Bataillons durch eine Kommission des Raketenantilleriesdienstes des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ wurde das Fehlen von fünf PM-Pistolen, acht AK-74-Maschinenpistolen sowie von fünf Kisten mit RGD-5-Granaten, drei Antipersonenminen MON-90 und 18 vom Typ PMN-2 entdeckt. Zu diesem Fall wurde ein Strafverfahren gegen das Kommando und Offiziere der Brigade eingeleitet.

Außerdem haben wir zuvor analoge Fälle von Waffen- und Munitionsverkauf in den Einheiten der 24. und 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte bemerkt.

Trotz präventiver Maßnahmen des Kommandos der OOS zur Verhinderung von Tod und Verletzung des Personals nehmen **die nicht kampfbedingten Verluste des Gegners weiter zu.**

Nach Angaben unserer Aufklärung betrogen die nicht kampfbedingten Verluste des Gegners in der letzten Woche drei Tote und vier Verletzte:

18. Oktober: infolge des Geratens auf eine PMN-2-Mine, die von Pionieren der 36. Brigade installiert worden waren, starb der Soldat Romanko;

infolge eines Schusswechsels zwischen Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade wurde der Soldat Tschernow verletzt;

bei einem Verkehrsunfall in betrunkenem Zustand wurde der Soldat Sacharjasch verletzt; infolge der Nachlässigkeit von Ärzten starb der Oberfähnrich Abramow;

20. Oktober: infolge des Geratens auf eine Antipersonenmine starb der Soldat Michajlow und Leutnant Rudenka aus der 54. mechanisierten Brigade wurde verletzt;

21. Oktober: der Soldat Borowez erlitt ein Schädel-Hirn-Trauma infolge eines Konflikts mit einem Kameraden.

Im genannten Zeitraum wurde in den offiziellen Erklärungen der ukrainischen Seite kein einziger Fall von Verlust in den Verbänden der OOS erwähnt.

In der letzten Woche wurden im Rahmen der humanitären Aktivität der Volksmiliz der DVR mit Unterstützung der Vorsitzenden einer Kommission der gesellschaftlichen Kammer der DVR Jekaterina Martjanowa Schulmöbel in die Mittelschule von Starolaspa gebracht.

Außerdem fand am 16. Oktober in der Allee der Helden die feierliche Einweihung einer Büste des Helden der Donezker Republik Arsen Pawlow (Motorola) statt. Er war einer derjenigen, die seit den ersten Tagen für die Zukunft unserer Republik an den schwierigsten Abschnitten der Front kämpften, die Erinnerung an seine Heldentaten wird nie verblassen.

de.sputniknews.com: **An-26-Absturz in Ukraine: Ursachen stehen fest**

Vier Wochen nach dem Absturz eines militärischen Transportflugzeuges vom Typ An-26 in der Ukraine hat eine Regierungskommission in Kiew ihre Ermittlungen abgeschlossen. Laut Kommissionschef und Vize-Premier Oleg Uruski wurde das Unglück mit 26 Toten zugleich von einem technischen Defekt und einem Pilotenfehler verursacht.

Die Kommission habe mittelbare wie unmittelbare Ursachen der Katastrophe herausgefunden, teilte Uruski laut der Agentur RBC-Ukraina mit.

So sei an Bord der An-26 ein Temperaturregler des Typs PRT-24 ausgefallen, was allein jedoch nicht zum Absturz hätte führen müssen. Auch menschliches Versagen habe „nicht zuletzt“ eine Rolle gespielt.

Außerdem habe die Kommission „systematische Unregelmäßigkeiten bei der Organisation der Flüge“ entdeckt. Sowohl die Besatzung als auch die Verantwortlichen auf dem Boden hätten sich „zahlreiche Verstöße“ zu Schulden kommen lassen, sagte Uruski. Näher wollte er sich dazu nicht äußern.

Nach seinen Worten soll der Ermittlungsbericht am Mittwoch in einer Sitzung des Kabinetts publik gemacht werden.

Die An-26 war am 25. September auf einem Übungsflug nahe Tschugujew im Gebiet Charkow abgestürzt. Neben der siebenköpfigen Besatzung waren Studenten der Charkower Iwan Koschedub-Universität der Luftwaffe an Bord. Bei der Katastrophe kamen nach amtlichen Angaben 26 Menschen ums Leben.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/1a/328000558_0:135:1920:1173_1000x080_0_1_8da2142aef3c34c07d5ac77b91856500.jpg

deu.belta.by: **Lukaschenko ist kein Anhänger einer großen Kundgebung in Minsk**

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko ist kein Anhänger einer großen Kundgebung in Minsk, die der Gewerkschaftsbund zusammen mit anderen öffentlichen Organisationen des Landes durchführt.

Alexander Lukaschenko erläuterte, dass zu dieser Kundgebung ca. 250-300 Tausend Menschen kommen möchten. Der Präsident beunruhigt sich über Sicherheitsfragen.

Alexander Lukaschenko machte auch darauf aufmerksam, dass zur Veranstaltung viele ältere Menschen, Veteranen kommen wollen. Ihre Sicherheit müsse gewährleistet werden.

Alexander Lukaschenko warnte die älteren Menschen vor dem Coronavirus und erinnerte sie an Hygienemaßnahmen.

„Ich denke, dass wir die Menschen nicht versammeln müssen. Ich bedanke mich sehr bei

öffentlichen Organisationen, Gewerkschaften für diese Initiative. Wir dürfen aber die Gesundheit der Menschen nicht riskieren“, sagte der belarussische Staatschef. Alexander Lukaschenko schlug vor, die Massenveranstaltung im Frühling bei gutem Wetter durchzuführen.

Mil-Inr.su: Pressekonferenz des Leiters der Volksmiliz der LVR Oberst Ja. W. Leschtschenko über die Situation an der Kontaktlinie vom 17. bis 23. Oktober 2020

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie sowie über die Ergebnisse der Tätigkeit der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche.

In der letzten Woche haben die ukrainischen Kämpfer einmal das Regime der Feueereinstellung verletzt.

Am 19. Oktober wurde von den Positionen der Strafrtruppen des 1. Bataillons der 24. Brigade im Gebiet von Luganskoje aus **Kalinowka** beschossen und elf 120mm-Mörser und neun RPG-7-Granaten abgefeuert.

Außerdem haben Kämpfer der 30. Brigade in Verletzung des Waffenstillstands **eine Drohne vom Typ Mavic Pro eingesetzt**, um Aufklärung der Positionen der Volksmiliz im Gebiet von Molodjoshnoje zu betreiben, wo die Drohne des Gegners dank der organisierten Handlungen von Mannschaften der Luftabwehr und der elektronischen Kriegsführung unter Einsatz einer Störstation „Triton-M1“ **zum Landen gezwungen** wurde.

Unsere Aufklärung entdeckt weiter **Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in Wohngebieten**, was den dritten Punkt der Zusatzmaßnahmen verletzt.

In der letzten Woche wurde folgende Stationierungen von getarnter Militärtechnik der ukrainischen Besatzer entdeckt:

aus dem Bestand der 14. Brigade – ein Abwehrgeschütz Tunguska in Sirotino, ein Abwehrraketekomplex „Strela-10“ in Rubeshnoje;

aus dem Bestand der 30. Brigade - ein Abwehrgeschütz SU-23 und vier Panzerschlepper in Popasnaja, ein Schützenpanzerwagen in Solotoje;

aus dem Bestand der 80. Luftsturmbrigade – zwei Panzerschlepper und zwei Abwehrgeschütze SU-23 in Rajgorodka, drei Schützenpanzerwagen in Gejewka.

Der Gegner nutzt weiter Mittel der elektronischen Kriegsführung, um Drohnen der OSZE-Mission zu behindern, so in den Verantwortungsbereichen der 30. und 80. Brigade in den Gebieten von Popasnaja und Staniza Luganskaja....

Nach uns vorliegenden Informationen wurden in einem Labor im Gebiet von Starobelsk auf Basis des medizinischen Zentrums „Medical City“ **Versuche an Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, die mit dem Coronavirus infiziert sind, in Bezug auf Wechselwirkungen des Organismus mit einer Impfung durchgeführt**. Am 20. Oktober wurden zwölf ausgewählte Kämpfer der 24. Brigade mit einem Impfstoffprototyp geimpft, davon hatten acht einen positiven Test auf Coronavirus. **Infolge der Wirkung des Impfstoffes hat sich der Zustand der infizierten Soldaten schnell verschlechtert**, einer von ihnen, der Soldat Gubenko, starb. Als offizielle Ursache wurde Lungenentzündung genannt, die durch eine ernste Herzinsuffizienz hervorgerufen worden sei. Aber **amerikanische Biologen merken an, dass dies nicht der erste Todesfall nach der Impfung von Soldaten mit dem Präparat ist**. Die Ukraine ist zu einem Versuchsfeld für amerikanische biologische Experimente bei der Entwicklung einer neuen Impfung gegen die Coronavirusinfektion geworden, was von der WHO bestätigt wird.

Vor dem Hintergrund der sich verschlechternden epidemiologischen Lage in der OOS-Zone ist im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ die Ankunft des Präsidenten der Ukraine Selenskij geplant, um dessen Rating zu erhöhen und den moralisch-psychischen Zustand der Soldaten zu verbessern. So hat nach uns vorliegenden Informationen Selenskij bei einer Unterhaltung mit Soldaten, die Dienst in der OOS-Zone in der Oblast Donezk tun, versprochen, dass bald ein amerikanisches Präparat gegen den Coronavirus in die

Einheiten der OOS geliefert wird und dabei verschwiegen, dass es drei Todesfälle aufgrund der Impfung gibt. ...

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte verheimlicht weiter nicht kampfbedingte Verluste gegenüber der Öffentlichkeit und den Verwandten der getöteten Soldaten.

Vom 17. bis 23. Oktober gab es nach Angaben unserer Aufklärung in der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ vier Tote und 3 Verletzte. ...

de.sputniknews.com: **Iranischer Botschafter: Teheran beabsichtigt keine Teilnahme an Wettrüsten**

Nach der Aufhebung des Sonderregimes für Waffenlieferungen (sogenanntes Embargo) beabsichtigt Teheran laut dem Botschafter des Irans in Russland, Kazem Jalali, nicht, an einem Wettrüsten in der Region teilzunehmen.

„Die Islamische Republik Iran beabsichtigt nicht, an einem Wettrüsten in der Region teilzunehmen und ersinnt keine Pläne in diesem Zusammenhang“, sagte der Botschafter gegenüber RIA Novosti.

„Wir werden agieren, wenn wir es für notwendig halten, ausgehend von unseren vernünftigen Verteidigungsbedürfnissen“, lautete seine Antwort auf die Frage, welche Waffenarten das Land bereit ist, zu exportieren und mit wem bereits Verhandlungen über den Waffenkauf nach der Aufhebung des Sonderlieferungsregimes geführt werden.

Hintergrund

Das Waffenembargo gegen Teheran war am 18. Oktober laut dem Außenministerium des Landes außer Kraft getreten. Der Iran darf nunmehr Waffen erwerben und verkaufen. Der Iran und die sechs internationalen Vermittlerstaaten (USA, Russland, China, Großbritannien, Frankreich und Deutschland) hatten sich im Juli 2015 auf die Regelung des langjährigen Atomproblems des Irans geeinigt. Im Ergebnis wurde der Gemeinsame umfassende Aktionsplan (JCPOA) beschlossen. Dem Dokument zufolge sollte das Waffenembargo gegen den Iran innerhalb von fünf Jahren aufgehoben werden. Dabei waren Waffenlieferungen auch vor dem Ablauf dieser Frist möglich – mit Genehmigung des UN-Sicherheitsrates. Die Genehmigungsordnung bei Waffenlieferungen tritt am Sonntag, dem 18. Oktober, außer Kraft.

Die USA traten 2018 einseitig aus dem Atomabkommen mit dem Iran aus und verhängten erneute Sanktionen gegen Teheran sowie gegen seine Wirtschaftspartner. Washington deklarierte das Ziel, den Export iranischen Erdöls auf null zu bringen, und rief dazu auf, kein iranisches Erdöl mehr zu kaufen.

Im August 2020 reichte US-Außenminister Mike Pompeo beim Vorsitzenden des UN-Sicherheitsrats eine Beschwerde ein, wonach der Iran den Gemeinsamen umfassenden Aktionsplan nicht einhalte. Washington bekundete den Wunsch, ein Verfahren zur Wiederaufnahme der Sanktionen gegen Teheran einzuleiten. Der UN-Sicherheitsrat stimmte der US-Initiative nicht zu.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/17/328249110_0:69:3072:1731_1000x0_80_0_1_78a802ab3b23f391c1aedb82c94560c3.jpg

de.sputniknews.com: **Peskow erläutert Putins Beteiligung bei Nawalnys Überstellung nach Deutschland**

Die Beteiligung des russischen Präsidenten, Wladimir Putin, bei der Entsendung des russischen Bloggers Alexej Nawalny nach Deutschland hat nur in der Beauftragung an die Generalstaatsanwaltschaft bestanden, die Einschränkungen für die Ausreise aufzuheben.

Am Donnerstag hatte Russlands Präsident Wladimir Putin bei einer Sitzung des Diskussionsklubs Waldai erklärt, dass er persönlich die Staatsanwaltschaft beauftragt habe, die Überstellung von Nawalny zur Behandlung nach Berlin zu genehmigen.

„Der Präsident hat eben gesagt, dass er mit der Staatsanwaltschaft Rücksprache darüber gehalten hat, dass Nawalny damals belastet war und nicht ins Ausland reisen durfte. Ja, in diesem Teil konnte nur der Präsident helfen“, erläuterte Peskow.

„Aber die Erlaubnis für die Entsendung des Kranken, die Genehmigung für seinen Transport und so weiter – das stand in keinem Zusammenhang mit dem Präsidenten. Das lag voll und ganz in der Zuständigkeit von Ärzten“, so der Kreml-Sprecher am Freitag. ...



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/17/328253187_0:35:1212:690_1000x0_80_0_1_388e903f85703795186e5f7daa337b9f.jpg

deu.belta.by: **Lugina: Aufrufe zu Streiks sind kontraproduktiv**

Die Aufrufe zu Streiks sind kontraproduktiv. Diese Meinung sprach die Vorsitzende des Leichtindustriekonzerns „Bellegprom“ Tatjana Lugina aus.

„Ich habe seit 25 Jahren in Leichtindustrie gearbeitet und kann sagen, dass die Aufrufe zu Streiks kontraproduktiv sind. Die Produktion stellt einen komplizierten Mechanismus dar, der nicht gestoppt werden darf. Viele Betriebe funktionieren rund um die Uhr“, sagte Tatjana Lugina.

Ihr zufolge garantiert normale Arbeit der Betriebe nicht nur die Löhne der Mitarbeiter. „Das sichert soziale Leistungen für sozial schwache Kategorien der Belarussen – Mütter im Kinderurlaub, unsere Großmütter und Großväter. Das sind Löhne unserer Ärzte, die zurzeit selbstlos gegen COVID-19 kämpfen. Das ist auch das Ansehen unserer Unternehmen und die Erfüllung von Verpflichtungen gegenüber Partnern“, unterstrich die Leiterin des Konzerns. Dem Leichtindustriekonzern „Bellegprom“ gehören 96 Organisationen an, 76 davon sind Industriebetriebe. Die Industriebetriebe werden in Branchen aufgeteilt: Textil-, Bekleidungs-, Wirk-, Gerber- und Schuhbranche. Diese Betriebe erzeugen 60% der Waren der Leichtindustrie in Belarus und 21% vom gesamten Umfang der belarussischen Gebrauchsgüter.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/00022_1603457089_53424_big.jpg

deu.belta.by: „Witebskdrew“-Generaldirektor: Betriebsstreiks führen zu immensen Verlusten

Generaldirektor des Möbelunternehmens OAO Witebskdrew Juri Doilin hat im Interview mit der Telegraphenagentur BelTA gesagt, dass alle Betriebsstreiks zu großen Wirtschafts- und Imageverlusten für die Betriebe selbst führen. Er hat die Belegschaften davon abgeraten, solchen Streikaufrufen Folge zu leisten.

„Das laufende Wirtschaftsjahr ist sehr schwer. Wir können es nicht leisten, dass andere uns etwas diktieren. Wer zu Streiks aufruft, will die Gesellschaft destabilisieren und dem Staat immensen Schaden zufügen. Bei allen Herausforderungen haben wir zusammenzuhalten. Wir haben angesichts realer Bedrohungen geschlossen und vereint handeln. Wir haben Patrioten zu sein“, sagte Doilin.

„Für die Betriebe gilt es, sich weiter zu entwickeln und keinen Halt zu machen. Diese Bewegung bedeutet eine etappenweise Steigerung des Wohlstandes der Bevölkerung. Ohne die Entscheidung über die Modernisierung unseres Werkes im Jahr 2007 wären wir als Produktionsbetrieb längst Geschichte. Nur weil uns der Staat unterstützte, konnten wir unsere Anlagen erneuern, unser Kollektiv erhalten und die Arbeit fortsetzen. Das ist viel wert“, betonte Generaldirektor.

„Kein Streik führt uns zu einem besseren Leben. Wir können das verlieren, was wir heute haben. Und ob wir dadurch etwas gewinnen, ist fraglich. Ich glaube kaum. Wir legen viel Wert auf unsere Leistungen, unsere Errungenschaften, die wir jahrzehntelang anstrebten. Wir wollen erhalten, was wir errichtet haben. Wir wollen mit Zuversicht in die Zukunft sehen. Wir wollen Frieden und Einigkeit. Wir wollen sicher sein, dass der Staat unsere Rechte und Interessen immer verteidigen wird“, resümierte Doilin.

dan-news.info: Das Innenministerium der DVR teilte heute mit, dass es bis heute 190.000 Anträge auf russische Staatsbürgerschaft gibt, von denen mehr als 160.000 bereits ihre russischen Pässe erhalten haben.

de.sputniknews.com: C-RAM und Lasergeschütze: Nato will Luftabwehrsysteme verstärken

Die Verteidigungsminister von Deutschland, Griechenland, Ungarn und Großbritannien haben in einer Nato-Videokonferenz eine Absichtserklärung über die Verstärkung der

Luftabwehrsysteme des Bündnisses unterzeichnet.

Laut einer Mitteilung der Nato betrifft die Verstärkung die mobilen Raketenabfangsysteme, Artilleriegeschosse und das System zur Abwehr von Mörser- und Artilleriegranaten C-RAM. Dies soll vor dem Hintergrund der wachsenden Sicherheitsanforderungen und entsprechenden Bedrohungen erfolgen.

„Die Möglichkeiten von C-RAM haben eine Schlüsselbedeutung für die Bereitschaft der Nato, auf Herausforderungen zu reagieren und die Kräfte der Bündispartner vor Raketen-, Artillerie- und Mienenangriffen zu schützen“, heißt es in der Absichtserklärung.

Die Experten der Unterzeichnerländer sollen sich demnächst mit den Möglichkeiten einer gemeinsamen multinationalen Entwicklung und Beschaffung in diesem Bereich unter Anwendung innovativer Technologien befassen. Unter anderem soll das Konzept des Einsatzes von „gerichteter Energie“ oder Lasergeschützen in den Blick genommen werden. Die gemeinsame Initiative soll die Verwendung solcher Luftabwehrsysteme aus finanzieller Sicht erleichtern und ihre operative Kompatibilität innerhalb der Nato erhöhen.

Die Nato-Verteidigungsminister halten eine zweitägige Videokonferenz ab. Am Donnerstag beschlossen sie bereits die Errichtung eines Space Centers auf dem deutschen Militärstützpunkt Ramstein. Das Zentrum soll künftig die Weltraumaktivitäten der Nato-Mitglieder koordinieren und bei der Durchführung von Missionen helfen.

de.sputniknews.com: **Trumps Berater: New-START-Verlängerung kein abgeschlossenes Geschäft – Vereinbarung erhofft**

Über den Ausgang der Initiative zur Verlängerung des New-START-Vertrags über nukleare Abrüstung zwischen Russland und den USA ist laut dem Sicherheitsberater des US-Präsidenten, Robert O'Brien, noch nicht endgültig entschieden. In den kommenden Tagen werde Washington „etwas“ vorschlagen, sagte er in einem Interview mit der Zeitung „Politico“.

Die Vereinbarung sei kein „abgeschlossenes Geschäft“. Beide Seiten müssten noch die Bedingungen der Vereinbarung ausverhandeln, die sich für beide Parteien eignen würden. Es geht um Washingtons Forderung, dass eine Verlängerung des Abkommens ein vorübergehendes Einfrieren aller Atomwaffen beinhaltet.

„Bei allen Verhandlungen, insbesondere bei der Rüstungskontrolle, steckt der Teufel immer im Detail“, sagte O'Brien im Interview.

„Vorausgesetzt wir können eine geeignete Überprüfung des Einfrierens erhalten, werden wir in der Lage sein, einen Deal abzuschließen. Zumindest hoffe ich das“, sagte er weiter.

Washington werde in Kürze in den nächsten Tagen oder in der nächsten Woche etwas vorschlagen.

Russlands Präsident Wladimir Putin hatte zuvor vorgeschlagen, den im Februar auslaufenden New-START-Vertrag bedingungslos um ein Jahr zu verlängern, ohne dabei die Atomarsenale einzufrieren. Das Weiße Haus hat diesen Vorschlag abgelehnt. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/07/1b/327575826_0:6:3071:1668_1000x0_80_0_1_d2cab251c4f88000df548f86912f0b25.jpg

de.sputniknews.com: **Umweltverschmutzung auf Kamtschatka: Russlands Akademie der Wissenschaften nennt Grund**

Die Wasserverschmutzung auf der Kamtschatka im russischen Fernen Osten ist laut dem Vizepräsidenten der Russischen Akademie der Wissenschaften, Andrej Adrianow, auf einen natürlichen Faktor zurückzuführen.

„Das Massensterben von auf dem Meeresgrund lebenden Boden-Hydrobionten (Wasserlebewesen – Anm. d. Red.) wurde durch die Einwirkung von Toxinen einer Reihe von Arten aus der Gattung der Karenia, Vertreter der Dinoflagellaten, verursacht“, teilte er bei einem Runden Tisch mit, der den Ergebnissen der Untersuchung der Naturkatastrophe gewidmet war.

Dinoflagellaten sind Algen, die hauptsächlich in den Meeren vorkommen. Deren Gattung Karenia ist bekannt für toxische Blüten, die erhebliche Umweltschäden, einschließlich des Absterbens der Fauna, verursachen können. Bei Menschen können diese Algen Ateminsuffizienz und neurotoxische Vergiftungen auslösen.

Die Wasserverschmutzung an der Küste der Halbinsel Kamtschatka wurde Ende September weit bekannt, nachdem dortige Surfer über eine Veränderung der Wasserfarbe am Chalaktyrski-Strand berichtet hatten. Sie klagten über geschwollene Augen und Hautentzündungen.

Später wurden auf Stränden an der östlichen Küste der Halbinsel viele tote Meerestiere entdeckt. Zu den Vorfällen wird ermittelt, Strafverfahren wurden eingeleitet.

Kürzlich wurde auch an der Westküste der Kamtschatka von einem Massensterben der Fauna berichtet.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/17/328253918_0:0:3070:1661_1000x0_80_0_1_b001e71bba63c65c63807e5eab6fc108.jpg

abends:

de.sputniknews.com: **Moskau kritisiert Nato-Manöver - Deutscher Attaché ins Verteidigungsministerium einbestellt**

Das Verteidigungsministerium Russlands hat sich beim deutschen Militärattaché in Moskau wegen der jüngsten Nato-Übung beklagt, meldet die Deutsche Presse-Agentur.

Solche Handlungen führten dazu, dass die Hemmschwelle für den Einsatz von Atomwaffen sinke. Und damit werde ein weiterer Anstieg der Spannungen zwischen der Nato und Russland provoziert, teilte das Ministerium am Freitag in Moskau mit.

„Das wirkt sich negativ auf das Vertrauen in Europa aus“, hieß es.

Der Protest sei dem deutschen Diplomaten bei einem Gespräch im Ministerium überbracht worden.

„Nukleare Teilhabe“ Deutschlands

Die deutsche Luftwaffe trainiert mit Nato-Partnern die Verteidigung des Bündnisgebiets mit Atomwaffen. In der vergangenen Woche hatte die geheime Bündnisübung mit den Namen „Steadfast Noon“ begonnen. Ein Schauplatz der Manöver war der Fliegerhorst Nörvenich in Nordrhein-Westfalen. Dabei wird unter anderem der Einsatz von Jagdbombern trainiert, die im Kriegsfall mit Nuklearwaffen bestückt werden könnten.

Nörvenich gilt als möglicher Ausweichstandort für die taktischen US-Atomwaffen vom Typ B61, die nach offiziell unbestätigten Angaben im rheinland-pfälzischen Büchel lagern.

Russland beklagte der Mitteilung zufolge, dass Deutschland als Land ohne eigene Atomwaffen Personal und die Luftwaffe für ein Szenario zur Verfügung stelle, bei dem es um die Anwendung nuklearer Massenvernichtungsmittel gehe.

Verstoß gegen Atomwaffensperrvertrag

„Das gilt als größte Verletzung des Vertrags über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen“, hieß es in der Mitteilung.

Zuvor hatte auch das russische Außenministerium die Manöver kritisiert.

Die in Büchel stationierten B61 könnten im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ in der Nato im Ernstfall auch von deutschen Tornados abgeworfen werden und dann zum Beispiel gegnerische Streitkräfte ausschalten. Weitere US-Atomwaffen sollen in Italien, Belgien, der Türkei und den Niederlanden lagern. An der aktuellen Übung sind zum Beispiel auch niederländische, belgische und italienische Kampfflugzeuge beteiligt.

Zeitgleich Manöver in Büchel

In Büchel läuft derzeit gleichzeitig die Übung „Resilient Guard“, bei der die Luftwaffe trainiert, den dortigen Fliegerhorst gegen einen möglichen Angriff zu verteidigen. Nach Angaben der Bundeswehr wird dazu unter anderem der Einsatz des Flugabwehrraketensystems Patriot in schwierigem Gelände geübt.